

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/113

Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 1

Wenn Menschen gottlos werden, sind ... die Lügen grenzenlos, ... die Aufklärung hirnlos.
Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Das deutsche "Wirtschaftswunder"

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der deutsche Journalist Diether Stolze schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg im Jahre 1961 auf 230 Milliarden Mark.

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg.

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars, gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.

Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 8. April 1965 wurde ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften - EGKS, EWG und Euratom - unterzeichnet. Aufgrund dieses Fusionsvertrages wurden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft.

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten,

die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnützlich. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die Beitrittsverträge traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Da sich die norwegische Bevölkerung später in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt aussprach, wurde Norwegen kein EG-Mitglied.

Die Staats- und Regierungschefs der EG beschloßen am 19./20. Oktober 1972 den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Verwirklichung der WWU.

Der EG-Rat beschloß am 2. April 1973 die Errichtung eines "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit".

Die EG unterzeichnete am 14. Mai 1973 ein Freihandelsabkommen mit Norwegen. Das Abkommen trat am 1.7.1973 in Kraft.

Die EG beschloß am 22. Juli 1975 die Errichtung eines Europäischen Rechnungshofes (Sitz: Luxemburg).

Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem und die Europäische Währungseinheit ECU.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

In Straßburg fand vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wurde zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.

Am 1. Januar 1981 trat Griechenland als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Gemeinschaft bei.

Die Bevölkerung Grönlands stimmte am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschloßen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Grundlagen der Europäischen Union waren:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hatte und krankenversichert war.

Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg, von 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament, schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

(x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>**Neues vom Turmbau zu Babel**

Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.

Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.

Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.

So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.

Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentenskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.

Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschaftete. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.

Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:

"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."

"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.

Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt. ...<<

Am 1. November 1993 trat der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union in Kraft - Gründung der Europäischen Union.

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>Der Todesschlaf Europas

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es wieder sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik der SPD-Politiker Wehner, Bahr und Brandt tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Abwesenheit mit gebrochenem Rückgrat - das meint z.B. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas. Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus, ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Gottlosigkeit unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode. ...

Prof. Ivo Höllhuber schreibt:

... Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem

künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 über die "Neue Weltordnung" (x853/...):

>>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen 360 oder 630 Millionen Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigbahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasia-land."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem ... Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.

Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden. ...

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern Adenauer, de Gasperi und Schuman in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs. ...

Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.

- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist, sondern der "teuerste Gesangverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären.

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.

Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B "Ziele der Union" keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.

- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu

Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen und erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern gemäß Artikel 20b Grundgesetz, die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 % ...

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schieblich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fasson, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen ...

- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multi-nationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep, CDU, hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas. Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.

- Roland Baader "Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt", der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". ... "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas

...

- Nach Bruno Bandulet "Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform" kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das

faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.

- Johannes Rothkranz "Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa" hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechsellung des "Volkes" - die rassistisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".

- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi ... die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. ...

- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem zum Einwanderungsthema:

"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht." Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.

Die geschichtlichen Erfahrungen mit ... Vielvölker-Unionen, wie z.B. in der Sowjetunion, in den Balkanstaaten und im Libanon, sind unheilserheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuhetzen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.

Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.

Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinentz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.

Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.

Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen- und Gurken, welche Maße der

Sitz auf Euro-Trekkern und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.

Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den abschreckenden Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.

Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Artikel 20 und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Artikel 79 Absatz 3 werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht, denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".

Das Bundesverfassungsgericht hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.

Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.

Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.

- Roland Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit "absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.

Im einzelnen:

Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehören der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen", es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.

- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Exekutive besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden. "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation. Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates - 13 Richter und 6 Generalanwälte - wird von den ... nationalen Regierungen "ernannt", nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Artikel 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".

Die ... Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Eu-

ropäische Rat der ... Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat.

Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung. ...

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:

"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."

So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt Johannes Rothkranz.

- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.

Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.

Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer wie Heine und Marx das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." ...

Die Wahrheit über Europa?

Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den Mit-Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch vor allem, was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<

Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union ab (x175/877).

Ungarn und Polen beantragten im Jahre 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

Finnland, Österreich und Schweden traten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßte damals 15 Mitglieder.

Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien beantragten im Jahre 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

Die tschechische Republik beantragte am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35

Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen wird allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU benötigt, was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes

Nachdem man die "Soziale Marktwirtschaft" durch den globalen Wirtschaftsliberalismus der "Neuen Weltordnung" ablöste, wurde das deutsche Wirtschaftsgefüge in seinen Grundfesten erschüttert.

In diesem globalen Wirtschaftsliberalismus herrschte das primitive Ausleseprinzip vor: **Der Starke setzt sich durch, der Schwache unterliegt.**

Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der marktbeherrschenden Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren.

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an. Frankreich plante den eigenen Strommarkt im Jahre 2000 nur zu 30 % zu privatisieren. Diese Quote sollte dann bis zum Jahr 2003 auf 34 % ansteigen. Eine völlige Marktöffnung auch für Privatkunden war in der EU-Richtlinie nicht vorgesehen und wurde in Frankreich auch nicht angestrebt.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf bzw. regelrechter "Energiekrieg", denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie

"Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.

Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen Vattenfall und Fortum drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel, FDP, jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1998: >>>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**

Der Bund der Vertriebenen hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.

Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.

Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa geltenden Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>>**Vertriebene fordern Entschädigung**

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabge-

ordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 27. Dezember 1999 über den luxemburgischen Politiker Jean-Claude Juncker, seit 2014 Präsident der Europäischen Kommission): >> **Die Brüsseler Republik**

Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.

Jean-Claude Juncker ist ein pffiffer Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. ...<<

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/214-216):

>>... EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU:

1991 = 19,0 Mrd. DM

1992 = 22,1 Mrd. DM

1993 = 23,7 Mrd. DM

1994 = 27,6 Mrd. DM

1995 = 26,1 Mrd. DM

1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM

1998 = 24,1 Mrd. DM

(187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR - ungefähr 5 % des EU-Haushalts - durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg Niederlande, Österreich, Portugal und in Spanien der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte

und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>Kränkelnde Frühgeburt

Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich

von BRUNO BANDULET

Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.

Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.

Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.

Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteiern. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.

Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.

Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.

Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.

Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber

sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.

Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.

Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.

Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.

Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.

Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.

In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.

Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.

Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.

Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.

Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationpolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.

Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.

Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.

Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.

Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.

Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.

Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.

Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen letztlich aus."

Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.

Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch

noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.

Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer ... hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen und österreichischen Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO₂-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremst wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für

den Euro zu werben." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer, von 1998-2005 Außenminister: >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen, SPD, der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel, SPD, die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"**

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung

in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen. ...<<

Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern die Beitrittsverträge.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>>Hintze: Duckt Euch!

Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen, ... wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

... Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht. ...

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. ...

Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen", den Deutschland an die EU zahlen muß. Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Undank ist der Deutschen Lohn

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste. ...

Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettoszahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettoszahlungen an die EU weiter an. ...<<

Am 13. Dezember 2003 scheiterten in Brüssel die Verhandlungen über die europäische Verfassung.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>Mit dem Teufel im Bunde

... Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa". ...

Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblickenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".

Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.

Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesellschaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.

Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.

Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" ...<<

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die

nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

Am 29. Mai 2005 lehnten 55 % der Franzosen die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich mit 61,5 % gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung**

Nähert sich das Reich des Antichristen?

1. Einleitung

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die **Vereinigten Staaten von Amerika** geben, sondern auch die **Vereinigten Staaten von Europa**. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der **Vereinten Nationen** bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Die Entwicklung ist faszinierend - und gerade wegen ihrer Faszination gefährlich: Wir sind Zeugen der Wiederentstehung des Römischen Reiches. ...

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 25 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksab-

stimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden. ...

Die Paneuropa-Idee

"Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität."

Dieses Motto steht über der programmatischen Schrift, die wie keine andere die Entstehung des vereinten Europa im 20. Jahrhundert nach Christus geprägt hat. Es ist das Buch Pan-Europa, im Jahre 1923 veröffentlicht von dem erst 29jährigen Adligen Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi. Coudenhove war der Gründer und erste Präsident der Paneuropa-Union. Sein Nachfolger Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bezeichnet Coudenhove im Vorwort zur Neuauflage 1982 dieses Buches als "Prophet Europas".

Coudenhove beginnt sein Werk mit folgenden Sätzen:

"Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert. Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar - als Ziel des Wollens wird es fruchtbar. Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt".

Erschüttert von den blutigen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, kommt Coudenhove zu der Erkenntnis, daß nur ein vereintes Europa derartige Konflikte in Zukunft verhindern kann. Er stellt die "europäische Frage":

"Kann Europa in seiner politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung seinen Frieden und seine Selbständigkeit den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren - oder ist es gezwungen, sich zur Rettung seiner Existenz zu einem Staatenbunde zu organisieren?".

Für Coudenhove ist die Antwort klar. Sie kann nur lauten:

"Weder der Westen noch der Osten will Europa retten: Rußland will es erobern - Amerika will es kaufen. ...

Doch die Vereinigung Europas ist für Coudenhove nicht das Letzte. Sie ist nur die notwendige Vorstufe zur Herstellung der Welteinheit:

"Soll die Weltorganisation an die Stelle der Welt-Anarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Über-Staaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas - so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit ... Erst muß Europa sich einigen - dann die Menschheit: diese Entwicklung läßt sich nicht umkehren".

In der geistesgeschichtlichen Begründung des Paneuropa-Gedankens geht Coudenhove zurück bis zum Römischen Reich:

... Unter der Überschrift "Wege zu Pan-Europa" nennt Coudenhove konkrete Schritte, die inzwischen - Jahrzehnte nach der Niederschrift seines Buches - zum Teil in verblüffender Weise in die Tat umgesetzt worden sind:

"Der erste Schritt zu Pan-Europa wäre die Einberufung einer paneuropäischen Konferenz durch eine europäische Regierung oder durch mehrere ...

Der zweite Schritt zu Pan-Europa ist der Abschluß eines obligatorischen Schieds- und Garantievertrages zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas...

Der dritte Schritt zu Pan-Europa ist die Bildung einer paneuropäischen Zollunion, der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ...

Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der **Vereinigten Staaten von Europa** nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika".

Coudenhove ließ es nicht bei der Theorie bewenden, sondern schritt eifrig zur Tat. So gründete er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung seines Buches die Paneuropa-Union. Der erste Europa-Kongreß der Geschichte fand auf Initiative Coudenhoves vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien statt. Er führte rund zweitausend Teilnehmer aus 24 Ländern zusammen, darunter zahlreiche Politiker. Im Bamberger Programm der Paneuropa-Union vom 9. Juni 1996 heißt es u.a.:

Die Paneuropa-Union erstrebt die Aufnahme der europäischen Völker, die dazu bereit sind und die entsprechenden Bedingungen insbesondere auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts erfüllen, in die Europäische Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer politisch nach außen und innen voll handlungsfähigen Einheit, ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist.

Dieses Programm - so meine Beobachtung - trägt einerseits die Handschrift einer konservativen Politik mit der Beibehaltung christlich-ethischer Werte - im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Konzeptionen im Europäischen Parlament. Zugleich aber wirkt es durch die Forderung einer politischen Vereinigung bisher getrennter Staaten revolutionär - doch nur auf den ersten Blick.

Betrachtet man die Hintergründe ausführlicher, dann erkennt man dahinter das Ziel des wiederhergestellten einheitlichen europäischen Reiches, wie es im Altertum durch den römischen Kaiser und im Mittelalter durch Kaisertum und Papsttum verkörpert war. Nicht zufällig war der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, jahrzehntelang Präsident der Paneuropa-Union und zugleich einer der einflußreichsten Wegbereiter der Europäischen Union. In ihm und seinen Nachfolgern lebt der Gedanke vom politischen Einheitsreich in Verbindung mit dem Papsttum weiter.

Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg war nicht nur jahrzehntelang Europaparlamentarier, sondern auch von 1930 bis 2000 "Chef und Souverän des Ordens vom Goldenen Vlies". Er gab die Leitung aus Altersgründen an seinen Sohn Karl ab. Der Orden vom Goldenen Vlies ist "der Jungfrau Maria gewidmet". Sein Ziel ist "die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums".

Über weitere weltanschauliche Hintergründe der Begründer der Europa-Idee schreibt der ungarische Jesuit und Freimaurer T. Nagy:

"Die Vorkämpfer der Idee eines vereinten Europas waren Freimaurer, zumal diese Ideologie durch ihre freiheitlichen und brüderlichen Grundsätze typisch maurerisch ist. Einer der Großen dieser Bewegung war Graf Richard von Coudenhove-Kalergi; als ich vor vielen Jahren einmal voller Begeisterung ein Buch von ihm las, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß er Freimaurer war und daß ich ihn eines Tages als die Personifizierung des maurerischen Prinzips zitieren würde. Drei bedeutende Förderer des paneuropäischen Gedankens wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Aristide Briand, Gustav Stresemann und General George Marshall - alle drei Maurer." - Als der 29jährige Coudenhove-Kalergi sein Werk "Pan-Europa" schrieb, hatte er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu

lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: ... "Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." ...

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

... In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls bisher gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte. Der christliche Jurist Thomas Zimmermans schreibt hierzu:

"Es ist damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Jahren weitere Gesetze oder Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen erlassen werden, in denen die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen usw. unter Strafe gestellt oder in sonstiger Weise rechtlich belangt wird. Dies kann zur Folge haben, daß Werturteile, die sich z.B. gegen Abtreibung, feministische Positionen oder Homosexualität richten, nach solchen Gesetzen für strafbar oder schadensersatzpflichtig erklärt werden. Auch berufliche Konsequenzen insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind dann nicht mehr auszuschließen."

Eine EU-Richtlinie vom 29.06.2000 sieht z.B. vor, daß niemand einen Vertragsabschluß wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft des Anderen verweigern darf. Die Bundesjustiz-

ministerin wollte diese Kriterien u.a. auch auf 'sexuelle Orientierung' ausdehnen. ...

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, wonach ... kritische Äußerungen über Homosexualität und Homosexuelle mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden. Dies soll auch dann gelten, wenn sich der Äußernde auf die Bibel be-ruht; die entsprechenden Bibelstellen sollen wohl noch zitiert werden dürfen, nicht aber als weiterhin verbindliches Wort Gottes verkündigt werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß sol-che Gesetze nicht auf Schweden beschränkt bleiben und auch in den anderen EU-Staaten die erforderlichen Mehrheiten finden werden." ...

Fest steht allerdings Folgendes:

Die Weltgeschichte entwickelt sich - besonders auffallend seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - auf einen Punkt zu, an dem die Menschheit aus eigener Kraft versucht, ein Friedensreich zu bauen. Sie betreibt damit nichts anderes als den Versuch, das tausendjährige messianische Friedensreich Jesu Christi - vergleiche Offenbarung 20,1-6 - aus eigener Kraft vorwegzuneh-men. Die Bibel spricht deutlich davon, daß diese Bemühungen der vereinigten Menschheit ohne den einen, lebendigen Gott der Bibel im Antichristlichen - im zweiten Turmbau von Ba-bel - vergleiche 1. Mose 11,1-9; Offenbarung 17 - enden werden.

Doch dieses Friedensreich hat keinen Bestand. Es ist ein Reich "aus Ton und Eisen gemischt" - eine Einheit ohne Wahrheit, eine Einheit durch Vermischung unterschiedlicher Ideologien und Religionen (vergleiche Daniel 2,33,43). Jesus wird sein Gericht über dieses "Sein-Wollen-wie-Gott" der Menschheit halten: "Wenn sie sagen werden: Es ist Frieden! Es hat kei-ne Gefahr! - dann wird das Verderben schnell über sie kommen" (vergleiche 1. Thessalonicher 5,3).

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Am 29. Oktober 2004 wurde die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regie-rungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte: "Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte Gott oder Christentum auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen sym-bolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken?

Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgen-den Worten zitiert: "Die Unterzeichnung ist ein Ereignis, das auf gewisse Weise den Prozeß der Erweiterung der EU abschließt. ... Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Er-weiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens ...

Obwohl in der EU-Verfassung ein ausdrücklicher Verweis auf die christlichen Wurzeln fehlt, die doch die Kultur aller heutigen EU-Nationen bestimmt, bin ich zuversichtlich, daß die Werte des Evangeliums weiterhin die Bemühungen jener Menschen inspirieren, die für das Antlitz Europas verantwortlich zeichnen. Und ich hoffe, daß Europa dieses spirituelle Erbe als Basis seiner Einheit bewahrt." ...

Auch die Europafahne gibt einen Hinweis auf den Einfluß der Römisch-Katholischen Kirche auf das vereinte Europa. Sie besteht aus einem Kreis aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. ...

Heute geht die falsche Einheit mit Riesenschritten voran. Es gibt eine "Globalisierung" in der Politik und Wirtschaft, aber leider genauso in christlichen Kirchen und Gemeinden. Alle Reli-gionen und Konfessionen sollen zusammenrücken um des äußeren und inneren Friedens wil-len. Einheit und Friede werden über Eindeutigkeit und Wahrheit gestellt. Der Maßstab ist nicht mehr "allein Christus", "allein der Glaube" und "allein die Heilige Schrift", sondern eine falsch verstandene Liebe - ohne Wahrheit, eine Selbstverwirklichungs-Ideologie und ein

"Evangelium" zum Wohlfühlen. Hier sollten wir äußerst wachsam sein.<<

Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die 27 EU Staaten den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag sollte die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb im Jahre 2007 über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen geplant. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsfüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. ...<<

Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro. Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Nettozahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich 26.616 Euro, Belgien 26.470 Euro und Großbritannien 27.179 Euro. Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen. Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern-Autor" Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<